Neue Presse

KRONACH

75. Jahrgang / Nummer 271 | Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020 | www.np-coburg.de / Preis 2,10 €

...aber Merkels Weihnachtsbaum ist sicher

Wie werden wir Weihnachten feiern? Nix ist fix. Aber Christbäume wird es geben. Auch im Kanzleramt. Die Rotfichte, die Kanzlerin Angela Merkel bald bewundern kann, verlud der hessische Waldbesitzerverband am Freitag für die Fahrt nach Berlin. Dort wird derzeit eine Verlängerung des Lockdowns bis kurz vor Weihnachten diskutiert. Unterdessen wachsen die Hoffnungen, dass in der zweiten Dezemberhälfte ein Impfstoff in Europa zugelassen werden könnte. Das wäre dann doch ein echtes Weihnachtsgeschenk. *Foto: Sven Pförtner/dpa* **Seite 7**

Parteien zünden „Digital-Turbo“ im Wahlkampf

Kronach – Die Bundestagswahl ist erst im nächsten Jahr. Doch schon jetzt zeichnen sich coronabedingte Schwierigkeiten ab. Wie sollen Delegierte gewählt werden, wenn keine Versammlungen erlaubt sind? Wie Wahlkampf gemacht werden, wenn sich niemand treffen darf? Die Parteien wappnen sich – zum Beispiel mit dem „Digital-Turbo“. *ck* **Seite 9**

CSU forciert Rückkehr zum sozialen Wohnungsbau

Kronach – Diskutiert wird darüber schon länger, nun startet die CSU eine Initiative zur Umsetzung: Im gesamten Kreisgebiet soll der Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau gelingen. Den Mieterverein haben die Christsozialen dabei in ihrer Seite. *ck* **Seite 11**

Der Kampf ums nackte Überleben

Selbstständige leiden unter dem Teil-Lockdown besonders. Viele profitieren bislang kaum von den staatlichen Hilfen und bangen um ihre Existenz.

Von Michael Ertel

Bayreuth/Hof/Coburg – Überbrückungshilfe, Novemberhilfe, Neustarthilfe: Wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen des Staates in der Corona-Pandemie gibt es mittlerweile einige – doch bei vielen Kleinbetrieben kommen die so dringend benötigten Finanzspritzen nur zögerlich oder gar nicht an. „Vor allem die Soloselbstständigen sind bisher durch das Raster gefallen“, kritisiert Frank Bernard, Geschäftsführer des Bundes der Selbstständigen (BdS) in Oberfranken.

Der Verband spricht von einer „katastrophalen wirtschaftlichen Lage“ vieler kleinerer Unternehmen – insbesondere jener, die seit Anfang November durch den Teil-Lockdown erneut von Betriebsschließungen betroffen sind. In diesen Branchen – beispielsweise Gaststätten, Kosmetik- und Fitnessstudios, Massagepraxen, Event- und Konzertveranstalter – erwarte man jetzt einen Umsatzrückgang in diesem Monat von 76,69 Prozent im Vergleich zum November des Vorjahres. „Ebenso besorgniserregend ist, dass über 80 Prozent dieser Unternehmen die wirtschaftliche Lage als schwer oder existenzbedrohend bewerten.“ Dies sei ein „schrilles Alarmsignal“.

Die Zahlen gehen auf eine branchenübergreifende Blitzumfrage des BdS-Gewerbeverbandes Bayern von dieser Woche unter knapp 1200 Unternehmen zurück. Demnach verdüstert sich sogar die Situation auch jener Selbstständigen, die im November ihren Betrieb am Laufen halten dürfen. Dort gehe man verglichen mit dem Vorjahreszeitraum von einem Umsatzrückgang von 42,68 Prozent aus. Fast ein Fünftel spricht von einer existenzbedrohenden Lage.

Harsche Kritik übt der Bund der Selbstständigen an den sogenannten Novemberhilfen, die den von der Schließung betroffenen Unternehmen 75 Prozent des Umsatzes (gemessen am November 2019) ausgleichen sollen. „Es ist bezeichnend, dass man Unternehmen über Nacht schließen, aber jetzt seit drei Wochen kein Antragsformular auf den Weg bringen kann.“ Der oberfränkische BdS-Vertreter Frank Bernard sieht vor allem in der am 13. November von der Bundesregierung beschlossenen Überbrückungshilfe III für Soloselbstständige lediglich einen „Tropfen auf dem heißen Stein“. Gerade diese hätten von den Direkthilfen des Staates kaum profitiert, da sie meist nur geringe laufende Betriebskosten geltend machen könnten. „Jetzt 5000 Euro als große Unterstützung zu verkaufen – an jemanden, der seit März keine großen Einnahmen hat – ist ein Witz.“

Hintergrund: Bei den bisherigen Überbrückungshilfen haben Selbstständige nur finanzielle Unterstützung bei ihren Betriebskosten erhalten. Die Einnahmeverluste – und damit auch der Verdienst der Kleinunternehmer – werden nicht kompensiert. Damit sie nicht weiterhin lediglich Grundsicherung beantragen können, sollen Soloselbstständige nun vom Staat eine „Neustarthilfe“ in Höhe von 5000 Euro erhalten, die auch für den Lebensunterhalt genutzt werden darf (Laufzeit von Dezember 2020 bis Juni 2021). Die Hilfe kann ab dem 25. November beantragt werden, „aber wann sie dann ausgezahlt wird, steht in den Sternen“, bemängelt Bernard. „Das dauert alles viel zu lang, das muss schneller gehen.“ Viele Selbstständige, beispielsweise in der Eventbranche oder der Gastronomie, würden sich bereits mit anderen Jobs über Wasser halten. „Das geht vielleicht noch bis Ende des Jahres gut“, dann drohe vielen die Privatinsolvenz.

Starke Einschnitte in die oberfränkische Wirtschaft registrieren auch die beiden Industrie- und Handelskammern im Regierungsbezirk, die IHK für Oberfranken und Bayreuth und die IHK zu Coburg. Laut einer am Freitag veröffentlichten Blitzumfrage mussten im Bereich der Bayreuther Kammer zwölf Prozent der befragten Unternehmen aufgrund des Teil-Lockdowns schließen, 54 Prozent verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Umsätze. Würden die Beschränkungen in den Dezember verlängert, sähen neun Prozent die Existenz ihres Unternehmens gefährdet. „Von ‚Normalität‘ ist unsere Wirtschaft weiterhin weit entfernt“, resümiert Hauptgeschäftsführerin Gabriele Hohenner.

Nach Ansicht der IHK zu Coburg „hat der Teil-Lockdown die Wirtschaft wieder im Griff“. 64 Prozent der befragten Mitgliedsfirmen berichteten von schweren Nachfrageeinbrüchen. Zwar könnten weite Teile des Handels, der Industrie und der Dienstleistung am Laufen bleiben, aber viele Betriebe stünden dennoch mit dem Rücken zur Wand. „Es darf auf keinen Fall eine Verlängerung oder Ausweitung des Teil-Lockdowns geben“, fordert IHK-Präsident Friedrich Herdan. **Seite 31**

Standpunkt

Oberfranken auf dem Podest

Zur Verleihung des Deutschen Zukunftspreises in der nächsten Woche

Von Roland Töpfer

Über die fruchtbare Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft wird viel theoretisiert. Ein besonderes Beispiel dafür, dass dies tatsächlich gut gelingen kann, liefert nun die Region. Das Unternehmen Maxit, ein Baustoffhersteller aus dem Landkreis Kulmbach, ist mit einer spritzbaren Gebäudedämmung, die zusammen mit der Uni Bayreuth und einem weiteren Unternehmen entwickelt wurde, für den renommierten Deutschen Zukunftspreis nominiert worden. Drei Teams stehen oben auf dem Podest, eines davon wird am Mittwoch der Sieger sein. Allein die Nominierung für diesen elitären Kreis ist kaum hoch genug zu bewerten. Im kleinen Azendorf wurde eine große Idee geboren, die auch schon ihren Weg in den Markt gefunden hat und einen durchaus nennenswerten Beitrag zum Einsparen von Energie leisten kann. Dem Unternehmer winken gute Geschäfte, aber auch für die Umwelt kann die neue Dämmung ein Segen sein. Oberfranken zeigt wieder einmal, dass kreative Köpfe nicht nur in Hamburg, München, oder an der US-Westküste sitzen. Weil Trommeln zum Geschäft gehört und gute Nachrichten oft leider zu schnell vergessen werden, wollen wir uns noch wünschen: Das Selbstbewusstsein der Region darf mit der Nominierung für den Zukunftspreis gerne noch etwas wachsen. **roland.töpfer@frankenpost.de** **Seite 2**

Beamte sollen Rentenbeiträge bezahlen

Die CDU denkt über eine neue Form der Rentenfinanzierung ab 2030 nach. Damit sollen Privilegien abgebaut werden.

Von Bernhard Walker

Berlin – Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU. SPD und die Linkspartei begrüßten den Vorstoß. Der CDU-Abgeordnete Peter Weiß betont, dass es sich um eine „Arbeitsvorlage von Referenten“ handele, über die der Ausschuss noch nicht abschließend beraten habe.

Unter der Überschrift „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es heute für Selbstständige, Berufe mit eigenen Versorgungswerken und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alterssicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die GRV in eine Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln: „Dabei wollen wir als ersten Schritt ab 2030 die Personen unter 30 Jahren, die als Beamte, Selbstständige oder Politiker tätig sind oder werden, in die GRV integrieren. Alle, die älter sind, bleiben in ihren bisherigen Versorgungswerken.“ Die Nettogehälter der Beamten dürften im Zuge der Einbeziehung in die GRV nicht sinken. Hintergrund: Wären die Beamten in der GRV, müssten sie aus ihrem Einkommen Beiträge an die Rentenkasse abführen.

Lob für den Vorstoß aus den Reihen der CDU kommt vom SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Rosemann: „Die SPD ist schon seit Langem für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln.“ Aus Sicht des Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig, aber nicht ehrgeizig genug: „Ich begrüße das erstmalige und klare Bekenntnis aus Kreisen der CDU zu einer Erwerbstätigenversicherung. Es zeugt aber nicht von Entschlossenheit, wenn man damit erst 2030 beginnen will.“

ANZEIGE

4 194519 902101 60647

Leserservice
09561/745 99 54*
(Abo und Zustellung)

Redaktion: 0 95 61 / 850-100
Anzeigenservice: 0 95 61 / 745 99 55
Ticket-/Lesershop (ab 9 Uhr): 0 95 61 / 850-170
*Montag-Freitag von 6-18 Uhr, Samstag von 6-14 Uhr zum normalen Ortstarif